

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Mehr Aktien wagen in der Vermögens- und Altersvorsorgepolitik

Bereits Papst Pius XI. forderte in seiner Sozialzyklika „*Quadragesimo anno (QA)*“ im Jahr 1931, dass Wirtschaftserfolge sowie –gewinne auch „zu Mitbesitz oder Mitverwaltung oder zu irgendeiner Art Gewinnbeteiligung (QA 65)“ für Lohnempfänger führen solle. Das damit angestrebte Ziel ist bis heute in einer immer älter werdenden Gesellschaft aktuell.

Vermögen bedeutet Freiheit. Es ermöglicht Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen. Breit in der Bevölkerung gestreut trägt es zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Es ist die Basis, um das eigene Leben materiell selbstbestimmt zu gestalten. Privateigentum und Vermögensbesitz entsprechen daher dem Prinzip der Subsidiarität gemäß der katholischen Soziallehre. Nicht von ungefähr ist das Eintreten für Vermögensbildung und -streuung eine Konstante in der kirchlichen Sozialverkündigung.

Vermögen bedeutet Freiheit und Sicherheit

So hob etwa Papst Pius XI. in der Enzyklika *Quadragesimo anno* die Vorzüge der Vermögensbildung hervor. Hier heißt es, dass der Arbeiter „durch Sparsamkeit seine Habe mehre, durch ihre sorgsame Verwaltung mit größerer Leichtigkeit und Sicherheit die Familienlasten bestreite und der Daseinsunsicherheit [...] überhoben, nicht bloß den Wechselfällen des Lebens gerüstet gegenüberstehe, sondern noch über dieses Leben hinaus die beruhigende Gewissheit habe, dass seine Hinterbliebenen nicht ganz unversorgt dastehen“ (QA, 61).

Erste Überlegungen zu einer entsprechenden Vermögenspolitik gab es aber bereits im 19. Jahrhundert. Damals ging es vor allem darum, die Diskrepanz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden zu überwinden und des sozialistischen Umsturzes zu erwehren. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik der jungen Bundesrepublik wurde sodann nicht nur „Wohlstand für alle“, sondern auch „Vermögen für alle“, so der Volkswirtschaftler Heinz Lampert, angezielt. Es galt, den Gegensatz von Kapital und Arbeit zu überwinden.

Deshalb stehen seither gemäß der klassischen Formel der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ des Nestors der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breu-

ning SJ, in erster Linie die abhängig Beschäftigten im Fokus der Vermögenspolitik. Immer wieder geht es dabei um die Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensgewinnen mittels Aktienbesitz als effektivster Quelle der Vermögensbildung.

Vermögen schenkt Sicherheit. Vermögenserträge stellen eine zusätzliche Einkommensquelle dar; Vermögen als Rücklage indes lässt seinen Besitzer mit Blick auf Notlagen ruhiger schlafen. Gerade diese Sicherheitsfunktion von Vermögen ist es, die heute zunehmend Relevanz für die Alterssicherung in Deutschland gewinnt. Die Gestaltung geeigneter politischer Rahmenbedingungen für eine hinreichende Alterssicherung gehört derzeit zu den wesentlichen Herausforderungen des Sozialstaats. Wir befinden uns in Zeiten eines sinkenden gesetzlichen Rentenniveaus und von Dauerbaustellen auf den Feldern der betrieblichen Altersversorgung und der Riesterrente. Vor allem zur Vermeidung von Altersarmut stellt sich aus sozialetischer Perspektive die Frage nach effektiven Möglichkeiten des Vermögensaufbaus breiterer Schichten als einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge in besonderer Dringlichkeit. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die jüngeren Generationen.

Unflexible Riesterrente

Seit der Rentenreform von 2001 bilden die Riesterrente den wesentlichen Baustein der staatlich geförderten kapitalgedeckten privaten Vorsorge. Doch diese Altersvorsorgepolitik hat ihre eigene Zielsetzung nicht erreicht, private Vorsorge als Ausgleich des politisch gewollten sinkenden gesetzlichen Rentenniveaus flächendeckend in der Bevölkerung zu etablieren: Nach der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag vom 13. März haben zwar mehr als 16 Millionen Menschen einen Riestervertrag abgeschlossen, aber über 20 Prozent dieser Verträge ruhen und werden nicht mehr bespart. Außerdem ist die Verbreitung unter Geringverdienenden als eine der zentralen Zielgruppen gering. Die Riesterrente steht daher zu recht unter Dauerkritik: Sie ist meistens zu teuer, zu unflexibel und in Niedrigzinszeiten schlicht zu unrentabel. Letzteres wird vor allem dadurch verstärkt, dass Riesterprodukte wegen der vorgeschriebenen Beitragsgarantien vorwiegend in vermeintlich sichere Anlageklassen wie Anleihen investieren müssen, die derzeit kaum noch Zinsen abwerfen.

Es ist also an der Zeit, die sozialetische Reflexion über Vermögensbildung als Teilhabe am Produktkapital aus dem Dornröschenschlaf zu wecken und weiterzuführen. Nicht nur in Niedrigzinszeiten ist die einzige Möglichkeit, mit angemessener Rendite privat Vorsorgevermögen aufzubauen, das langfristige, breit gestreute und dann auch relativ sichere Aktieninvestment. Es bedarf einer neuen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte darüber, wie zum einen eine Aktienkultur in Deutschland etabliert werden kann.

Zum anderen sollte es darum gehen, eine stärker aktienbasierte Vermögensbildung in die staatlich geförderte private Altersvorsorge zu integrieren. Die von der hessischen Landesregierung ins Spiel gebrachte Idee einer „Deutschland-Rente“ als fondsbasiertes Standardprodukt ist ein diskutables Beispiel hierfür.

Vermögen durch Aktien und Fonds

Die Grundbedingung indes für eine eigenverantwortliche private Vorsorge breiterer Bevölkerungsschichten sucht man jedoch im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung vergebens: die Stärkung der finanziellen Bildung aller Altersgruppen im Schulterchluss mit den Ländern. Es geht laut OECD um die Vermittlung von „financial literacy – von Wissen über einen wirtschaftlichen Umgang mit Geld“ sowie zur Überwindung der „German Angst“ vor den Kapitalmärkten. Hier besteht in Deutschland noch immenser Nachholbedarf.

Besonders Christen sollten bei alledem jedoch nicht vergessen, vorrangig „Schätze im Himmel“ (Mt. 6,20) zu sammeln, dessen eingedenk, dass materielles Vermögen nur der diesseitigen, nicht aber der „Jenseitsvorsorge“ dient.

LARS SCHÄFERS

Lars Schäfers ist Magister der Theologie und wissenschaftlicher Referent an der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach – einer Einrichtung, die von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1963 gegründet wurde.

